

SPD-Fraktion *direkt*

Ausgabe 2016 | 07

19.02.2016

INHALT

ZUR LAGE **2**

ZUR WOCHE **4**

RECHTSEXTREME TÄTER FÜHLEN SICH VON POPULISTEN MOTIVIERT **4**

LAND IST BEI REGISTRIERUNGEN VORBILD **4**

KEINE NEUE SCHULSTRUKTURDEBATTE MIT DER SPD **5**

SPD-FRAKTION GRATULIERT JOHANNES GUTENBERG-UNIVERSITÄT **5**

FUSION VON HOCHSPEYER MIT ENKENBACH-ALSENBORN BESTÄTIGT **6**

OPPOSITION LENKT MIT SKANDALISIERUNG VON EIGENEM VERHALTEN AB **6**

UNTERNEHMEN PROFITIEREN VON GUTEN RAHMENBEDINGUNGEN **7**

ZAHLEN UND FAKTEN **9**

ZUR LAGE

Liebe Genossinnen und Genossen,

wir haben Verständnis für den Druck der Kanzlerin und CDU-Bundesvorsitzenden in der Flüchtlingsfrage. Dennoch erwarten wir von der Bundeskanzlerin, dass sie bei den Tatsachen bleibt und nicht wider besseres Wissen in Wahlkampfzeiten Schützenhilfe gegen Rheinland-Pfalz leistet. Dafür ist die Sache zu ernst. Die Kanzlerin muss Lösungen finden, statt Reden schwingen. Die Menschen erwarten zu Recht, dass Verantwortung für getroffene Entscheidungen übernommen und zielgerichtet an Lösungen gearbeitet wird. Wahltaktische Ablenkungsmanöver sind hierbei nicht hilfreich.

Wir machen in Rheinland-Pfalz unsere Hausaufgaben. Neben der Frage der Begrenzung müssen wir nun rasch die notwendigen Voraussetzungen schaffen, damit sich Menschen, die neu in unser Land kommen und hier bleiben werden, sich schnell integrieren.

Mit dem Plan *unserer Ministerpräsidentin Malu Dreyer* liegt seit über zwei Monaten ein wegweisender Vorschlag auf dem Tisch. Die CDU muss daran mitwirken, dass jetzt zügig die konkrete Umsetzung eines Integrationspakets für Deutschland vereinbart werden kann. Frau Klöckner als CDU-Fraktionsvorsitzende sollte sich besser dafür einsetzen, als mit Parolen auf Stimmenfang zu gehen.

Für die SPD-Fraktion ist klar: Nach dem Prinzip „Fördern und Fordern“ wollen wir die richtigen Anreize setzen, damit Integration gelingen kann.

Damit aber ein solches „Fördern und Fordern“ überhaupt umgesetzt werden kann, muss der Bundesinnenminister endlich dafür sorgen, dass ausreichend Sprach- und Integrationskurse angeboten werden. Pflichten einzufordern, ohne die Möglichkeiten zu schaffen, dass diese auch erfüllt werden können, ist unehrlich!

Die SPD-Fraktion steht für den Zusammenhalt: Mit guter Bildung, guter Arbeit und bezahlbarem Wohnen für alle sorgen wir dafür, dass unser Land zusammenhält. Deshalb wäre es fatal, Neuankommende gegen einheimische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer auszuspielen. Genau darauf wäre der Vorschlag von Julia Klöckner, den Mindestlohn für Flüchtlinge auszusetzen, hinausgelaufen. Lohndumping für Flüchtlinge ist aber ein gefährlicher Keil, der unsere Gesellschaft spalten würde.

Das werden wir nicht zulassen. Das werden wir in der letzten Plenarsitzung dieser Legislaturperiode in der nächsten Woche deutlich machen.

ALEXANDER SCHWEITZER

MITGLIED DES LANDTAGS RHEINLAND-PFALZ
VORSITZENDER DER SPD-FRAKTION IM LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

Fraktion
im Landtag Rheinland-Pfalz

SPD

Mit freundlichen Grüßen



Alexander Schweitzer

ZUR WOCHE

Rechtsextreme Täter fühlen sich von Populisten motiviert

Die Zahl rechtsextremer Straftaten ist im Jahr 2015 im gesamten Bundesgebiet und auch in Rheinland-Pfalz deutlich angestiegen, wie Presseberichte zeigen. Dazu erklärte **unser Fraktionsvorsitzender Alexander Schweitzer**: „Die Zunahme der rechtsextrem motivierten Straftaten um 35 Prozent in Rheinland-Pfalz ist besorgniserregend, es gab alleine acht gewalttätige Straftaten im Zusammenhang mit Flüchtlingsunterkünften. Die Zahlen sind alarmierend und müssen aufrütteln. Denn rechtsradikale Angriffe sind nichts anderes als Angriffe auf unser Gemeinwesen, auf unsere politische Ordnung und auf die Demokratie. Wir müssen uns klar sein, dass viele rechtsextreme Täter sich von Populisten und Hasspredigern zu den Taten motiviert fühlen. Die Ausländerfeinde sehen offenbar Angriffe gegen Flüchtlinge als Mittel der Politik.“

Schweitzer betont: „Die Versuche von Rechtsradikalen, Wut und Hass insbesondere auf Flüchtlinge zu schüren, sind in keinster Weise zu tolerieren. Dem kann nur durch einen Mix an Schritten begegnet werden: Die demokratischen Kräfte müssen sich einig sein, dass Ressentiments nicht geschürt werden dürfen. Politische Parteien und gesellschaftliche Gruppen müssen die Rhetorik der Rechtsradikalen entlarven. An der von der rot-grünen Koalition in die Wege geleiteten Präventionsstrategie muss festgehalten werden. Es sind die Bemühungen und Erfolge der Strafverfolgungsbehörden, die Täter zur Rechenschaft zu ziehen, voll zu unterstützen und zu begrüßen.“

Land ist bei Registrierungen Vorbild

„Mit ihren Aussagen zur Registrierung von Flüchtlingen offenbart Frau Klöckner einmal mehr, dass sie bei zentralen Fragen der Flüchtlingsaufnahme und der Aufteilung der Zuständigkeiten zwischen Bund und Ländern in der Flüchtlingspolitik offenbar völlig ahnungslos ist oder aber wieder einmal von der Verantwortung des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge ablenken will“, kommentierte unsere integrationspolitische Sprecherin, **Ingeborg Sahler-Fesel**, aktuelle Verlautbarungen der CDU-Fraktionsvorsitzenden.

„Anders ist nicht zu erklären, warum Frau Klöckner heute behauptet, die Landesregierung erhalte bei der Registrierung von Flüchtlingen Unterstützung vom Bund. Die Landesregierung benötigt keine Hilfe des Bundes, denn die in Länderverantwortung zu leistende Registrierung im System EASY erfolgt tagesaktuell seit Mitte Oktober 2015“, so **Sahler-Fesel**. Tatsächlich ist die erkennungsdienstliche Erfassung der Asylsuchenden per Fingerabdruck und der Datenabgleich mit dem Bundeskriminalamt originäre Aufgabe des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF). „Rheinland-Pfalz leistet hier bereits seit Anfang Dezember 2015

Amtshilfe bei dieser wichtigen Aufgabe, denn nur so wissen wir genau, wer sich in unserem Land aufhält. Unter den Bundesländern nimmt Rheinland-Pfalz damit eine Vorreiterrolle ein", machte **Sahler-Fesel** deutlich. Nachdem die ankommenden Asylsuchenden in Rheinland-Pfalz durch die Initiative der Landesregierung inzwischen tagesaktuell registriert werden, können im nächsten Schritt nun die noch nicht erfassten Asylsuchenden in den Kommunen erfasst werden. Auch hier sei Rheinland-Pfalz Vorreiter. „*Andere Länder sollten sich dem Beispiel von Rheinland-Pfalz anschließen, denn die schnelle erkennungsdienstliche Erfassung der Ankommenden ist im Interesse aller Länder*", so **Sahler-Fesel**.

Keine neue Schulstrukturdebatte mit der SPD

„Alle Jahre wieder vor einer Landtagswahl geistert das Gespenst der Einheitsschule durch die Medien“, erklärte unsere bildungspolitische Sprecherin, **Bettina Brück**, anlässlich der aktuellen Debatte zum rheinland-pfälzischen Schulsystem. *„Dabei ist die Schulwirklichkeit eine vollkommen andere!“*, hob **Brück** hervor. Die Schulstrukturreform sei erfolgreich abgeschlossen worden und mit den Grundschulen, den Förderschulen, den Realschulen plus, den Integrierten Gesamtschulen, den Gymnasien und den berufsbildenden Schulen sei ein leistungsorientiertes, durchlässiges und aufstiegsorientiertes Schulsystem geschaffen worden. *„Die kleinsten Klassen, die meisten Ganztagschulen, eine gute Unterrichtsversorgung und individuelle Förderung sind einige der Grundlagen dafür, dass in Rheinland-Pfalz Bildungserfolg und Chancengleichheit zwei Seiten einer Medaille sind“*, machte **Brück** deutlich. Für zukünftige bildungspolitische Herausforderungen wie beispielsweise die Integration von Flüchtlingskindern sei das rheinland-pfälzische Schulsystem damit gut gerüstet.

Dass die rheinland-pfälzischen Bürgerinnen und Bürger mit dem bestehenden Schulsystem überdurchschnittlich zufrieden sind, belegt übrigens auch eine aktuelle Schulstudie der CDU. *„Eltern und Kinder können daher sicher sein: Weitere grundlegende Reformen der Schulstruktur sind in den kommenden Jahren nicht notwendig. Priorität hat für uns die kontinuierliche Weiterentwicklung der Qualität in den Schulen“*, stellte **Brück** klar.

SPD-Fraktion gratuliert Johannes Gutenberg-Universität

Zum Festakt anlässlich des 70-jährigen Jubiläums der Wiedereröffnung der Johannes Gutenberg-Universität in Mainz gratulierten unsere hochschulpolitische Sprecherin, **Barbara Schleicher-Rothmund**, sowie unser örtlicher Abgeordneter **Johannes Klomann** der größten rheinland-pfälzischen Universität. Am 22. Mai 1946 wurde die Mainzer Universität unter dem Namen Johannes Gutenberg-Universität (JGU) von der französischen Besatzungsmacht wiedereröffnet. *„Dies war ein wichtiges Zeichen für die Versöhnung und die geistige Erneuerung nach dem Zweiten Weltkrieg“*, so **Schleicher-Rothmund**. Die JGU hat sich mit heute rund 33.000 Studierenden und über 4.000 Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern zu einer profilierten Großuniversität entwickelt. Sie zählt zu den

forschungsstarken Hochschulen in Deutschland. Das zur Wiedereröffnung vor 70 Jahren gewählte Motto „ut omnes unum sint“ („Dass alle eins seien“), setzte die Universität laut **Klomann** seitdem in hervorragender Weise um: Sie vereint nahezu alle akademischen Disziplinen unter einem Dach. Fast alle Institute sind auf einem Campus untergebracht. Zudem sei die Johannes Gutenberg-Universität gut vernetzt mit regionalen, überregionalen und internationalen Partnern aus Wissenschaft, Kultur und Wirtschaft. Wegweisend sei auch die Öffnung der Universität nach außen für Bürgerinnen und Bürger gewesen, hob **Schleicher-Rothmund** hervor.

Fusion von Hochspeyer mit Enkenbach-Alsenborn bestätigt

Anlässlich des Urteils des Verfassungsgerichtshofs Rheinland-Pfalz, in dem die vom Landtag beschlossene Eingliederung der Verbandsgemeinde Hochspeyer in die Verbandsgemeinde Enkenbach-Alsenborn bestätigt wird, erklärte unser innenpolitischer Sprecher, **Hans Jürgen Noss**: *„Die Umsetzung der ersten Stufe der Kommunal- und Verwaltungsreform war eines unserer großen Vorhaben der nun auslaufenden Legislaturperiode. Das Land musste handeln, um die kommunalen Strukturen in Rheinland-Pfalz zu professionalisieren und zukunftssicher zu machen. Wir haben in diesem Prozess stets der Freiwilligkeit Vorrang eingeräumt. Strukturreformen verlaufen jedoch nie geräuschlos, daher musste mit einzelnen Klagen gerechnet werden.“*

Noss betonte: *„Dies ist das fünfte Urteil in Folge, das unsere Reformen bestätigt. Zuvor hatte bereits das Grundsatzgesetz vor dem Verwaltungsgerichtshof bestanden. Es zeigt sich: Wir haben hier sauber und im Sinne des Landes gearbeitet.“*

Unser örtlicher Abgeordneter, **Thomas Wansch**, ergänzte: *„Dieses Urteil bildet den Abschluss eines langen Verfahrens vor Ort, im Landtag und nun auch vor dem Verwaltungsgerichtshof. Ich begrüße, dass die Fusion nun letztverbindlich bestätigt wurde. Der heutige Richterspruch zieht insoweit einen Strich unter die Angelegenheit. Die Bürgerinnen und Bürger, genau wie die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung, können nun in die Zukunft blicken.“*

Opposition lenkt mit Skandalisierung von eigenem Verhalten ab

Zum Vorwurf der CDU-Landtagsfraktion betreffend des Innenausschusses erklärte **unser Parlamentarischer Geschäftsführer, Carsten Pörksen**:

„Erst stellt die Oppositionsfraktion absurde Forderungen, dann versucht sie es mit Skandalisierung. Absurd ist und bleibt ihre Forderung, wenige Wochen vor einer Landtagswahl mit einem Mammutprojekt wie dem Bau einer neuen Rheinbrücke zu starten, wie sie es heute

in einer Pressemitteilung formuliert hat. Die CDU-Fraktion betreibt schlicht politischen Klamausk und leistet keinen inhaltlichen Beitrag zu einem wichtigen Thema."

Pörksen stellte fest: *„Als SPD-Fraktion sind wir eindeutig für den Bau der Mittelrheinbrücke. Fakt ist aber, dass SPD und Grüne 2011 eine sehr erfolgreiche Koalition gestartet haben, in der Kompromisse wie der Verzicht auf den Bau der Mittelrheinbrücke in dieser Wahlperiode vereinbart worden sind. Diese sind selbstverständlich für diese Legislaturperiode bindend. Überdies wäre es unmöglich gewesen, die CDU-Forderung umzusetzen und kurzfristig eine umfassende Sachanhörung zu einem solchen Mammutprojekt anzusetzen. Bei diesem Thema müsste beispielsweise die UNESCO einbezogen werden; binnen weniger Tage ist dies nicht machbar. Davon abgesehen, hätte eine Befassung mit dem Thema im Innenausschuss keine Folgen. Eine Entscheidung in dieser Legislaturperiode mit Entschließungsanträgen, wie von der CDU gewünscht, hat nur den Charakter einer bereits mehrfach durchgeführten politischen Debatte und keine Bindungswirkung für die nächste Legislaturperiode.“*

Pörksen betonte: *„Die CDU-Fraktion versucht mit Tricks beschlussreife Entscheidungen zu torpedieren. Die CDU-Fraktion hat alles daran gesetzt, die vor Ort demokratisch legitimierte und parteiübergreifend gewünschte Fusion der Verbandsgemeinden im Leiningerland zu verhindern. Bei der Fusion Grünstadt-Land/Hettenleidelheim hat sie angebliche grundsätzliche rechtliche Bedenken gegen solche Fusionen vorgeschoben. Gleichzeitig hat sie aber zwei andere freiwillige Fusionen mit abgesegnet. Die CDU-Fraktion nimmt damit in Kauf, dass die Menschen vor Ort im Regen stehen und dort Politikverdrossenheit wächst. Es ist gut, dass die Regierungsfaktionen dies verhindert haben und die Fusion Grünstadt-Land/Hettenleidelheim kommende Woche noch gesetzgeberisch beschlossen werden kann.“*

Unternehmen profitieren von guten Rahmenbedingungen

Kaum ein anderes Bundesland kann so gute wirtschaftliche Kennzahlen vorweisen wie Rheinland-Pfalz: Noch nie waren so viele Menschen im Land in Beschäftigung. Wir haben die zweithöchste Gründerquote unter den Flächenländern und eine der höchsten Exportquoten bundesweit. *„Trotz dieser Erfolge ist klar: Wir arbeiten weiter konsequent und kontinuierlich an verlässlichen Rahmenbedingungen für die rheinland-pfälzische Wirtschaft“*, erklärte unser wirtschaftspolitischer Sprecher, **Jens Guth**, anlässlich der Vorstellung der Mitgliederbefragung der rheinland-pfälzischen Industrie- und Handelskammern (IHK).

„Schnelles Internet ist für kleine und große Unternehmen längst zum harten Standortfaktor geworden, gerade ländliche Regionen können so auf Augenhöhe zu Ballungszentren treten“, betonte unser medien- und netzpolitischer Sprecher, **Martin Haller**. Mit der NGA-Strategie der Landesregierung ist es gelungen, dass im Jahr 2015 bereits 66 Prozent der Haushalte auf Bandbreiten von 50 Mbit/s-zurückgreifen konnten. *„Diese Ausbaudynamik wollen wir weiter beschleunigen und bis Ende 2018 eine flächendeckende Versorgung mit mindestens 50 Mbit/s erreichen. Durch die Regionalclusterstrategie der Landesregierung profitieren Gewerbe und*

*private Haushalte gleichermaßen von der hohen Ausbaudynamik. Unternehmen und Privatanwender nutzen jedoch immer höhere Bandbreiten. Zu begrüßen ist daher, dass die Landesregierung bereits heute die Bedarfe der Zukunft mitdenkt und eine 300 Mbit/s-Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie belegen, dass die Voraussetzungen für Ultrahochgeschwindigkeitsinternet in Rheinland-Pfalz gut sind. Für den Sprung zur Gigabit-Gesellschaft streben wir langfristig einen vollständigen Infrastrukturwandel weg von Kupfer und hin zu Glasfaser an", so **Haller**.*

Im Bereich der Infrastruktur verfolgt die SPD-Landtagsfraktion ebenfalls eine klare Strategie im Sinne der rheinland-pfälzischen Unternehmen: *"Das rheinland-pfälzische Straßennetz, eines der dichtesten in ganz Deutschland, wird nachhaltig erhalten. Für den Landesstraßenbau werden daher 2016 insgesamt 87,2 Millionen Euro ausgegeben - zwölf Millionen Euro mehr als im Jahr zuvor. Zusätzlich werden im Haushalt 2016 für den Landesbetrieb Mobilität (LBM) zehn Millionen Euro bereitgestellt. Die SPD-Landtagsfraktion wird sich auch in Zukunft für einen auskömmlichen Haushaltsansatz für den Straßenbau stark machen", so **Guth**.*

Mit Blick auf das Thema Bürokratieabbau sagte **Guth**: *"Klar ist auch: Wir wollen unnötige bürokratische Belastungen vermeiden, speziell für kleine und mittlere Betriebe. Mit dem Mittelstandsförderungsgesetz und seiner aktuellen Novelle haben wir dafür bereits die Grundlage gelegt."*

ZAHLEN UND FAKTEN

„SCHREIBEN NACH GEHÖR“ – *Die Fakten*

Die CDU-Fraktion führt beim Thema „Schreiben nach Gehör“ eine Phantomdebatte und stellt die schulische Realität in Rheinland-Pfalz völlig falsch dar. Hier die Fakten:

■ **Wie lernen Kinder in Rheinland-Pfalz Lesen und Schreiben?**

Kinder sind unterschiedlich – jedes Kind lernt anders. Der Erstlese- und Schreibunterricht an den Grundschulen orientiert sich daher nicht an einer einzigen Methode, die exklusiv und ausschließlich zum Einsatz kommt. Aktuelle Fibeln integrieren verschiedene Methoden des Schriftspracherwerbs wie z. B. das klassische Einführen der einzelnen Buchstaben, Lesen lernen über Silben oder das Arbeiten mit der sogenannten Anlauttabelle.

■ **Was ist eine Anlauttabelle?**

Mit der Anlauttabelle wird der bewusste Umgang mit den Lauten (Phonemen) unterstützt, sodass Kinder selbstständig Buchstaben und Wörter erlesen und erste kleine Texte verfassen können.

■ **Und was ist dann „Schreiben nach Gehör“?**

Die Bezeichnung „Schreiben nach Gehör“ ist ein umgangssprachliches Synonym für lautorientiertes Schreiben, meist unter Zuhilfenahme einer Anlauttabelle. Verwendung findet diese Methode zum einen beim Erlernen des Alphabets und zum anderen beim freien Schreiben von Texten im Anfangsunterricht der Grundschule.

■ **Und was ist mit der Rechtschreibung?**

Das Erlernen der richtigen Rechtschreibung steht an rheinland-pfälzischen Grundschulen von Anfang an im Vordergrund. Die Kombination unterschiedlicher Methoden des Schriftspracherwerbs konkurriert nicht mit dem Prinzip der Rechtschriftlichkeit, das gleichrangig und grundständig über die gesamte Lernzeit in der Grundschule verfolgt wird.

■ **An wie vielen Grundschulen gibt es „Schreiben nach Gehör“?**

Aktuell wird an 16 der 969 Grundschulen zunächst ausschließlich mit der Anlauttabelle gearbeitet. An den meisten Grundschulen werden Elemente des normorientierten Schreibens mit solchen des lautorientierten Schreibens kombiniert.

■ **Bis zu welcher Klasse lernen Kinder nach dieser Methode Schreiben?**

Das lautorientierte Schreiben wird als eine Methode des Anfangsunterrichts ausschließlich in der ersten und zweiten Klassenstufe eingesetzt, nicht in der dritten und vierten.

■ **Wer entscheidet darüber, wie Kinder Schreiben lernen?**

Die fachdidaktische Entscheidung über den Methodeneinsatz trifft die jeweilige Lehrkraft. Welche Methode verwendet wird, richtet sich nach den Erfordernissen der Lerngruppe bzw. des einzelnen Kindes und dem Lerngegenstand. Im Schuljahr 2014/2015 arbeiteten in der 1. Klasse 946 und in der 2. Klasse 932 Grundschulen mit Elementen des lautorientierten Schreibens – neben anderen bewährten Methoden des Schriftspracherwerbs.